

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>1. Teil: Aufhebung von Verwaltungsakten</b> .....	1
<b>1. Abschnitt: Einleitung</b> .....	1
A. Aufhebung aufgrund von Rechtsbehelfen .....	1
B. Aufhebung durch die Ausgangsbehörde .....	1
I. Abgrenzung: Berichtigung .....	2
II. Rechtsgrundlagen für die Aufhebung .....	2
1. Spezialgesetzliche Vorschriften .....	2
2. §§ 48, 49 VwVfG .....	3
III. Rechtsfolge der Aufhebung .....	4
<b>2. Abschnitt: Widerruf des Verwaltungsaktes gemäß § 49 VwVfG</b> .....	4
A. Anwendungsbereich und Grundbegriffe .....	4
I. Abgrenzung zu § 48 VwVfG .....	4
II. Begünstigender und belastender aufzuhebender VA .....	4
1. Begünstigender VA .....	4
2. Belastender VA .....	5
B. Widerruf eines rechtmäßigen belastenden VA, § 49 Abs. 1 VwVfG .....	5
C. Der Widerruf eines rechtmäßigen begünstigenden VA .....	6
I. Der Widerruf mit Wirkung für die Zukunft, § 49 Abs. 2 VwVfG .....	6
1. Voraussetzungen .....	6
a) Rechtmäßiger begünstigender VA .....	7
b) Vorliegen von Widerrufsgründen .....	7
Fall 1: Schlechte Arbeit als Widerrufsgrund .....	9
c) Widerrufsfrist .....	12
2. Rechtsfolge .....	12
D. Widerruf mit Wirkung für die Vergangenheit, § 49 Abs. 3 VwVfG .....	13
Fall 2: Rückwirkender Widerruf .....	14
<b>3. Abschnitt: Rücknahme des Verwaltungsaktes gemäß § 48 VwVfG</b> .....	20
A. Die Rücknahme eines rechtswidrigen belastenden VA .....	20
I. Voraussetzungen des § 48 Abs. 1 VwVfG .....	20
II. Rechtsfolge .....	20
B. Die Rücknahme eines rechtswidrigen begünstigenden VA .....	21
I. Die Rücknahme eines rechtswidrigen Geld- oder Sachleistungs-VA .....	22
1. Die Rücknahmevoraussetzungen des § 48 Abs. 2 VwVfG .....	23
Fall 3: Berichtigung der Witwenpension .....	23
2. Verhältnis des § 48 VwVfG zum Europarecht .....	33
Fall 4: Europarechtswidrige Subventionen .....	38
II. Die Rücknahme nach § 48 Abs. 3 VwVfG .....	43
Fall 5: Rücknahme einer Baugenehmigung .....	45

<b>4. Abschnitt: Die Rückforderung gemäß § 49 a VwVfG</b> .....	50
I. Anwendbarkeit .....	51
II. Voraussetzungen .....	51
1. Unwirksamwerden des VA .....	51
2. Leistung aufgrund eines VA .....	51
III. Rechtsfolgen .....	52
1. Gebundener VA .....	52
2. Umfang des Anspruchs .....	53
3. Adressat des Rückforderungsbescheids .....	53
<b>5. Abschnitt: Das Wiederaufgreifen des Verwaltungsverfahrens, § 51 VwVfG</b> .....	54
A. Unterschied Aufhebung und Wiederaufgreifen .....	54
I. Die Bestandskraft des VA .....	54
II. Überwindung der Bestandskraft .....	55
B. Anspruch auf Wiederaufgreifen .....	56
I. Entscheidung über das Wiederaufgreifen (1. Stufe) .....	56
1. Zulässigkeit des Antrags auf Wiederaufgreifen .....	57
2. Begründetheit des Antrags auf Wiederaufgreifen .....	58
II. Erneute Entscheidung in der Sache (2. Stufe) .....	59
III. Prozessuale Durchsetzung .....	60
1. Ablehnung des Wiederaufgreifens .....	60
2. Erlass eines negativen Zweitbescheides .....	61
3. Erlass eines positiven Zweitbescheides .....	61
C. Wiederaufgreifen nach Ermessen .....	61
I. Entscheidung über das Wiederaufgreifen (1. Stufe) .....	62
II. Erneute Entscheidung in der Sache (2. Stufe) .....	65
III. Prozessuale Durchsetzung .....	65
■ Übersicht: Aufhebung des VA durch die Behörde .....	66
<b>2. Teil: Der öffentlich-rechtliche Vertrag</b> .....	67
<b>1. Abschnitt: Begriffsmerkmale des öffentlich-rechtlichen Vertrages</b> .....	67
A. Regelung .....	67
B. Auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts .....	67
C. Vertragliche Regelung .....	69
<b>2. Abschnitt: Die Arten des öffentlich-rechtlichen Vertrages</b> .....	69
<b>3. Abschnitt: Zustandekommen eines ör Vertrages</b> .....	70
A. Die Rechtmäßigkeit eines öffentlich-rechtlichen Vertrages .....	70
I. Ermächtigungsgrundlage .....	70
II. Formelle Anforderungen an öffentlich-rechtliche Verträge .....	71
III. Materielle Anforderungen an öffentlich-rechtliche Verträge .....	71

B. Die Wirksamkeit des öffentlich-rechtlichen Vertrages .....	72
I. Einigung .....	73
II. Schriftform (§ 57 VwVfG) .....	73
III. Beteiligung Dritter oder anderer Behörden (§ 58 VwVfG) .....	74
IV. Nichtigkeitsgründe (§ 59 VwVfG) .....	75
1. Rechtswidrige, aber nicht nichtige Verträge .....	75
2. Nichtigkeitsgründe nach § 59 Abs. 2 VwVfG .....	76
Fall 6: Folgenloser Verzicht .....	77
3. Nichtigkeitsgründe nach § 59 Abs. 1 VwVfG .....	81
Fall 7: Abgabenverzicht .....	81
4. Rechtsfolgen der Nichtigkeit .....	84
<b>4. Abschnitt: Leistungsstörungen beim ör Vertrag .....</b>	<b>85</b>
<b>5. Abschnitt: Durchsetzung von Ansprüchen aus einem ör Vertrag .....</b>	<b>85</b>
■ Übersicht: Ansprüche aus öffentlich-rechtlichem Vertrag .....	87
<b>3. Teil: Verwaltungsrechtliche Ansprüche .....</b>	<b>88</b>
<b>1. Abschnitt: Anspruchssystem .....</b>	<b>88</b>
A. Unterscheidung zwischen Primär- und Sekundärebene .....	88
B. Regelungsbereiche des Staatshaftungsrechts .....	88
I. Ansprüche auf Geldersatz .....	88
II. Ansprüche auf Beseitigung und Unterlassung .....	89
<b>2. Abschnitt: Der Folgenbeseitigungsanspruch (FBA) .....</b>	<b>90</b>
A. Das Rechtsinstitut des FBA .....	90
B. Begründung des FBA .....	90
I. Vollzugsfolgenbeseitigungsanspruch .....	90
II. Allgemeiner Folgenbeseitigungsanspruch .....	91
III. Dogmatische Herleitung .....	91
C. Voraussetzungen des FBA .....	92
I. Hoheitlicher Eingriff in ein subjektives Recht .....	92
1. Hoheitliches Handeln .....	92
2. Eingriff in ein subjektives Recht .....	93
II. Rechtswidriger andauernder Zustand .....	93
1. Rechtswidrigkeit des Zustands .....	94
a) Gesetzliche Duldungspflichten .....	94
b) Duldungspflicht kraft VA .....	95
2. Haftungsbegründende Kausalität .....	95
a) Unmittelbare Verursachung .....	96
b) Mittelbare Verursachung .....	96
3. Fortdauer der Beeinträchtigung .....	97

D. Rechtsfolge des FBA .....	97
I. Wiederherstellung des früheren Zustandes .....	97
II. Kein Schadensersatz .....	97
III. Haftungsausfüllende Kausalität .....	98
1. Unmittelbare Folgen .....	98
2. Mittelbare Folgen .....	98
E. Ausschlussgründe .....	99
I. Rechtliche und tatsächliche Unmöglichkeit .....	99
II. Unzumutbarkeit der Folgenbeseitigung .....	100
III. Unzulässige Rechtsausübung .....	100
F. Verjährung .....	100
Fall 8: Totenruhe .....	101
<b>3. Abschnitt: Der sozialrechtliche Herstellungsanspruch .....</b>	<b>106</b>
I. Unterschied zum FBA .....	106
II. Dogmatische Grundlage des Anspruchs .....	106
III. Voraussetzungen des sozialrechtlichen Herstellungsanspruchs .....	106
IV. Rechtsfolgen des sozialrechtlichen Herstellungsanspruchs .....	107
V. Übertragbarkeit auf das allgemeine Verwaltungsrecht .....	108
<b>4. Abschnitt: Öffentlich-rechtlicher Abwehr- und Unterlassungsanspruch .....</b>	<b>109</b>
A. Begründung des Abwehr- und Unterlassungsanspruchs .....	109
I. Abwehr des Eingriffs, nicht der Folgen .....	109
II. Anwendungsfälle .....	109
III. Dogmatische Herleitung .....	110
IV. Unterschied zum Folgenbeseitigungsanspruch .....	110
1. Abwehr des Eingriffs .....	110
2. Abgrenzung Eingriff und Folgen .....	111
B. Voraussetzungen und Rechtsfolgen des ör Abwehr- und Unterlassungs- anspruchs .....	112
I. Anspruchsvoraussetzungen .....	112
1. Hoheitlicher Eingriff in ein subjektives Recht .....	113
2. Rechtswidrigkeit des Eingriffs .....	113
3. Keine Ausschlussgründe .....	114
II. Rechtsfolge .....	114
C. Fallgruppen .....	115
I. Staatliches Informationshandeln .....	115
Fall 9: Hygiene-Ampel .....	115
II. Ehrschutz gegen Hoheitsträger .....	124
1. Anspruchsgrundlagen .....	124
2. Voraussetzungen .....	125
a) Hoheitlicher Eingriff in ein subjektives Recht .....	125
b) Rechtswidrigkeit des Eingriffs .....	126
aa) Kompetenzmäßige Äußerungen .....	126
bb) Sachlichkeitsgebot .....	126

cc) Verhältnismäßigkeit .....	128
dd) Sonderfall: Neutralitätsgebot .....	128
c) Wiederholungsgefahr .....	129
3. Rechtsfolgen .....	129
4. Prozessuale Durchsetzung .....	129
III. Öffentlich-rechtlicher Immissionsabwehranspruch .....	131
Fall 10: Kinderspielplatz .....	131
■ Übersicht: Grundrechtlicher Abwehr- und Beseitigungsanspruch .....	137
<b>5. Abschnitt: Geschäftsführung ohne Auftrag (GoA) .....</b>	<b>138</b>
A. Das Rechtsinstitut der öffentlich-rechtlichen GoA .....	138
I. Rechtsgrundlage .....	138
II. Abgrenzung .....	138
B. Die analoge Anwendung der §§ 677 ff. BGB .....	139
I. Regelungslücke .....	139
II. Vergleichbare Interessenlage .....	139
1. Hoheitsträger für einen anderen Hoheitsträger .....	139
2. Bürger für einen anderen Bürger .....	140
3. Hoheitsträger für den Bürger .....	140
4. Bürger für einen Hoheitsträger .....	141
Fall 11: Katzentot .....	142
<b>6. Abschnitt: Der öffentlich-rechtliche Erstattungsanspruch .....</b>	<b>149</b>
A. Rechtsgrundlagen .....	149
I. Spezialgesetzliche Erstattungsansprüche .....	149
II. Der allgemeine öffentlich-rechtliche Erstattungsanspruch .....	149
III. Fallgruppen .....	150
B. Voraussetzungen und Rechtsfolgen .....	151
I. Anspruchsvoraussetzungen .....	151
1. Öffentlich-rechtliche Rechtsbeziehung .....	151
2. Etwas erlangt .....	152
3. Ohne Rechtsgrund .....	152
II. Rechtsfolge .....	153
Fall 12: Rechtsgrundlose Bereicherung .....	153
C. Die Durchsetzung des ör Erstattungsanspruchs .....	158
<b>4. Teil: Öffentliche Ersatzleistungen .....</b>	<b>159</b>
<b>1. Abschnitt: Das System der öffentlichen Ersatzleistungen .....</b>	<b>159</b>
A. Haftung wegen Pflichtverletzung (sog. Unrechtshaftung) .....	159
I. Historische Entwicklung der Amtshaftung .....	160
II. Ordnungsrechtliche Unrechtshaftung .....	161
III. Vertragliche Haftung .....	161
IV. Gefährdungshaftung .....	161

B. Ersatzansprüche bei Eingriffen in das Eigentum .....	162
I. Historische Entwicklung .....	162
II. Enteignung, Art. 14 Abs. 3 GG .....	162
III. Inhalts- und Schrankenbestimmungen, Art. 14 Abs. 1 S. 2 GG .....	162
IV. Enteignender und enteignungsgleicher Eingriff .....	163
C. Ersatzansprüche bei Eingriffen in nichtvermögenswerte Rechte .....	163
<b>2. Abschnitt: Schadensersatzansprüche, insbes. die Amtshaftung .....</b>	<b>164</b>
A. Haftungsgrundlagen .....	164
I. Amtshaftung gemäß § 839 Abs. 1 BGB i.V.m. Art. 34 S. 1 GG .....	164
II. Verhältnis zu anderen Haftungsregeln .....	165
B. Die Voraussetzungen der Amtshaftung .....	166
I. Handeln in Ausübung eines öffentlichen Amtes .....	167
1. Wahrnehmung einer öffentlichen Aufgabe .....	167
2. Abgrenzung zum privatrechtlichen Handeln .....	169
3. Handeln „in Ausübung des Amtes“ .....	170
II. Amtspflichtverletzung .....	170
1. Begründung von Amtspflichten .....	171
2. Drittbezogenheit der Amtspflicht .....	172
a) Drittwirkung .....	173
b) Persönlicher Schutzbereich .....	173
c) Sachlicher Schutzbereich .....	174
3. Verletzung der Amtspflicht .....	174
III. Verschulden .....	175
IV. Haftungsausschlüsse .....	176
1. Subsidiaritätsklausel, § 839 Abs. 1 S. 2 BGB .....	176
2. Richterspruchprivileg § 839 Abs. 2 BGB .....	177
3. Vorrang des Primärrechtsschutzes, § 839 Abs. 3 BGB .....	178
V. Schaden .....	178
1. Haftungsausfüllende Kausalität .....	178
2. Ersatzfähiger Schaden .....	179
VI. Anspruchsgegner .....	180
VII. Verjährung .....	180
VIII. Rechtsweg .....	181
Fall 13: Baugenehmigung mit Hindernissen .....	181
■ Übersicht: Amtshaftung gemäß § 839 Abs. 1 S. 1 BGB i.V.m. Art. 34 S. 1 GG .....	186
C. Haftung bei Verstößen gegen das Unionsrecht .....	187
D. Ansprüche aus verwaltungsrechtlichen Schuldverhältnissen .....	188
I. Vertragliche Schadensersatzansprüche .....	188
II. Unterschiede zur deliktischen Haftung .....	189
III. Vertragsähnliche Rechtsverhältnisse .....	189
1. Öffentlich-rechtliche Verwahrung .....	189
2. Öffentlich-rechtliche Leistungs- und Benutzungsverhältnisse .....	190
3. Beamtenverhältnis .....	190
IV. Rechtsweg .....	190

<b>3. Abschnitt: Entschädigung bei Eingriffen in das Eigentum</b> .....	191
A. Ersatzansprüche wegen Enteignung (Art. 14 Abs. 3 GG) .....	191
I. Anspruchsgrundlage für die Enteignungsschädigung .....	193
II. Anspruchsvoraussetzungen für die Enteignungsschädigung .....	193
1. Vorliegen einer Enteignung .....	194
2. Rechtmäßigkeit der Enteignung .....	194
III. Rechtsfolge: Entschädigung .....	194
B. Die ausgleichspflichtige Inhaltsbestimmung .....	195
C. Der enteignungsgleiche Eingriff .....	196
Fall 14: Späte Reaktion .....	196
D. Der enteignende Eingriff .....	200
I. Rechtsgrundlage .....	200
II. Voraussetzungen .....	202
III. Rechtsfolge .....	203
Fall 15: Betriebsschließungen wegen COVID-19 .....	204
<b>4. Abschnitt: Der allgemeine Aufopferungsanspruch</b> .....	210
A. Rechtsgrundlage .....	210
B. Voraussetzungen .....	211
I. Eingriff in ein nichtvermögenswertes Recht .....	211
II. Unmittelbarer hoheitlicher Eingriff .....	211
III. Sonderopfer .....	212
C. Rechtsfolge .....	212
<b>Stichwortverzeichnis</b> .....	214